

Protokoll

26. öffentliche Sitzung des Ausschusses Regionale Entwicklung, Wirtschaft und ÖPNV vom 23.06.2021, im ehemaligen "Stabsgebäude" auf dem Gelände Breeser Weg 7, 29451 Dannenberg (Elbe)

Tagesordnung:

Vorlage-Nr.

Öffentlicher Teil

- . Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung
1. Genehmigung des Protokolls der 24. Ausschusssitzung vom 16.02.2021
2. Vorstellung des gemeinsamen Tentativantrags "Siedlungslandschaft Rundlinge im Wendland" durch Herrn Samtgemeindebürgermeister Schwedland
3. Digitalisierung (ständiger TOP) - mdl. Bericht
4. Sachstandsbericht der Stabsstelle Klimaschutz (ständiger TOP) - mdl. Bericht
5. Antrag der SOLI-Fraktion im Kreistag Lüchow-Dannenberg vom 09.06.2021: 2021/891
Berufung eines/einer Fahrradbeauftragten
6. Zuschussantrag der Samtgemeinde Gartow für eine Haltestellenmaßnahme 2021/859
7. Antrag der SOLI-Fraktion im Kreistag Lüchow-Dannenberg vom 08.04.2021: 2021/827
Stellungnahme des Kreistags zum Bau einer Brücke bei Neu Darchau nach der BürgerInnenbefragung in Neu Darchau am 18.4.21
8. Antrag der CDU-Fraktion im Kreistag Lüchow-Dannenberg vom 09.06.2021: 2021/893
Positionen des Kreistages zum Bau einer Elbbrücke in der Gemeinde Neu Darchau
9. Einwohnerfragestunde
10. Mitteilungen und Anfragen, Kenntnisnahmen
- 10.1. Bericht über die Ergebnisse der AG ÖPNV 2021/886
- 10.2. Bewerbung als Modellprojekt um das Förderprogramm „Modellprojekte zur 2021/853
Stärkung des ÖPNV“ des BMVI
- 10.3. Unterrichtung über Vergaben mit einer Auftragssumme über 15.000,- EUR 2021/877
- 10.4. Sachstandsbericht Regionales Raumordnungsprogramm Teilbereich
Windenergie auf mdl. Anfrage von KTA Dorendorf vom 08.06.2021 - mdl.
Bericht
- 10.5. Anfrage der Fraktion Bürgerliste im Kreistag Lüchow-Dannenberg vom 2021/898
15.06.2021: Geplanter dreispuriger Ausbau der B 248 zwischen Grabow und
Plate

Nicht öffentlicher Teil

11. Eröffnung der nicht öffentlichen Sitzung
12. Mitteilungen und Anfragen, Kenntnisnahmen

Anwesend:

KTA Schöning, Markus - Vorsitzender

KTA Klepper, Hermann-Dieter - stellv. Vorsitzender

KTA Dorendorf, Uwe

KTA Pape, Hartmut

KTA Schulz, Heinz

KTA Socha, Frank

KTA Wiegrefe, Wolfgang

Flügge, Eva-Maria - beratendes Mitglied

Rosen, Brigitte - beratendes Mitglied

Seniorenbeirat Jürgens, Hans-Günther

Kreisbaudirektorin Stellmann, Maria

Schwarz, Jürgen - Fachdienstleiter Planung und Kreisentwicklung

Dittmer, Franziska – Stabstellenleitung Klimaschutzleitstelle

KTA Herzog, Kurt

Stark, Oliver - beratendes Mitglied -

Harlfinger-Düpow, Mareike - Fachdienst Planung und Kreisentwicklung

Hagemann, Felix - Auzubildender

Erste Kreisrätin Löser, Nadine

Retzow, Ines - Landratsbüro

Vertreter für KTA Hennings

Vertretung für Klepper zu TOP 7

KTA Klepper bringt ein, dass der Klimaschutz in seinen Augen zu wenig Personal hat.

Kenntnis genommen

**5. Antrag der SOLI-Fraktion im Kreistag Lüchow-Dannenberg vom 09.06.2021: 2021/891
Berufung eines/einer Fahrradbeauftragten**

KTA Klepper trägt den seitens der SOLI-Fraktion eingebrachten Antrag zur Berufung eines/einer Fahrradbeauftragten vor. Er führt aus, dass der Antrag von der SOLI-Fraktion bereits vor 1,5 Jahren gestellt wurde und wünscht sich eine rasche Umsetzung. Die Empfehlung der Verwaltung keine/n Fahrradbeauftragte/n einzusetzen sei laut KTA Klepper nicht nachvollziehbar.

KBDin Stellmann antwortet, dass nichts gegen die Einsetzung eines ehrenamtlichen Radverkehrsbeauftragten spräche. Seitens des Landkreises ist jedoch vorgesehen dem Thema Radverkehr einen größeren Stellenwert zukommen zu lassen. Bereits zu den kommenden Haushaltsberatungen soll ein Vorschlag gemacht werden, der eine Koordinierungsstelle für den Radverkehr vorsieht. Es wird daher empfohlen erst eine/n Fahrradbeauftragte/n einzusetzen, wenn die Koordinierungsstelle eingerichtet wurde.

KTA Klepper erwidert, dass trotz der Planungen zur Einrichtung einer Koordinierungsstelle ein/e Radverkehrsbeauftragte zeitnah eingesetzt werden sollte.

Der Landkreis beruft zur Förderung des Radverkehrs einen/eine ehrenamtliche(n) Radverkehrsbeauftragten der zeitnah seine beratende Tätigkeit aufnimmt und in die Arbeit eines zukünftigen Fahrradbeirats mit eingebunden wird.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt Ja-Stimmen: 3 Nein-Stimmen: 4 Enthaltung: 0

6. Zuschussantrag der Samtgemeinde Gartow für eine Haltestellenmaßnahme 2021/859

FDL Schwarz trägt anhand der Vorlage zum Zuschussantrag der Samtgemeinde Gartow für eine Haltestellenmaßnahme vor.

KTA Klepper erwidert, dass Barrierefreiheit absolut notwendig ist. An dieser Haltestelle steigen Menschen in den öffentlichen Personennahverkehr ein, der Landkreis sollte sich beteiligen.

FDL Schwarz antwortet, dass die Samtgemeinde Gartow diese Haltestelle unabhängig eines Zuschusses durch den Landkreis baut. Die Haltestelle wird aufgrund des barrierefreien Ausbaus bereits zu 75 % von der Landesnahverkehrsgesellschaft bezuschusst. Eine Bezuschussung durch den Landkreis wäre eine freiwillige Leistung.

KTA Wiegreffe merkt an, dass in diesem Fall durch eine Bezuschussung seitens des Landkreises ein Präzedenzfall geschaffen würde. Von diesen freiwilligen Ausgaben sollte abgesehen werden.

Der Zuschussantrag der Samtgemeinde Gartow zur Beteiligung des Landkreises an der Haltestellenmaßnahme Gartow Schule wird abgelehnt.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich empfohlen Ja-Stimmen: 6 Nein-Stimmen: 1 Enthaltung: 0

**7. Antrag der SOLI-Fraktion im Kreistag Lüchow-Dannenberg vom 08.04.2021: 2021/827
Stellungnahme des Kreistags zum Bau einer Brücke bei Neu Darchau nach der BürgerInnenbefragung in Neu Darchau am 18.4.21**

KTA Herzog geht auf die Vorlage bezüglich der *Stellungnahme des Kreistags zum Bau einer Brücke bei Neu Darchau nach der BürgerInnenbefragung in Neu Darchau am 18.04.21* ein. Die Befragung der BürgerInnen Neu Darchaus hat in der Zwischenzeit mit der Frage „Sind Sie für die Anbindung (Straßenführung) durch den Ort?“ stattgefunden. 89 Prozent der Bürgerinnen stimmten ab, dass die Anbindung nicht durch den Ort stattfinden solle, wie sie im Moment angedacht sei. Er moniert, dass eine Ortsumfahrung von Katemin im aktuellen Vertrag nicht mehr berücksichtigt wird und hinterfragt das Vorgehen bei der Vertragsanpassung. Er führt aus, dass die Ortsumfahrung Katemin unbedingt berücksichtigt werden muss. Durch die Planungen des Landkreises Lüneburg sei § 3 Abs. 3 Satz 1 der Brückenvereinbarung verletzt. Er befürwortet eine Untersagung der Fortführung der Baumaßnahme. Gespräche zum Brückenvertrag fanden seiner Meinung

nach geheim und unter Ausschluss der Kreisgremien statt

EKRin Löser geht darauf ein, dass der Brückenvertrag, wie von **KTA Herzog** wiedergegeben, lediglich die Ortsumfahrung Neu Darchau regelt und Katemin nicht mehr berücksichtigt wurde. **EKRin Löser** habe die Akten gesichtet und nach Aktenlage ein Bild über den Werdegang der Brückenvereinbarung bekommen. Sie merkt an, dass selbst bei einer gerichtlichen Klärung voraussichtlich nach Aktenlage entschieden wurde. Die Beschuldigung, dass es sich um Geheimgespräche gehandelt haben soll, weist sie zurück. Es habe sich bei den Gesprächen im Vorwege um eine Arbeitsebene gehandelt, die sich mit der Erarbeitung des Entwurfs beschäftigt habe. Den Kreisgremien ist der Vereinbarungsentwurf vorgelegt worden. Bei der Entscheidung seien sie korrekt einbezogen worden. Offensichtlich sei von den Vertragsparteien nicht mehr gewollt gewesen, dass auch Katemin mit einer Ortsumfahrung bedacht wird. In der Brückenvereinbarung sei eine Klausel enthalten, die die Erarbeitung einer Trasse vorsieht.

KTA Herzog erwidert, dass der Kreistag eindeutig die Ortsumgehung für Neu Darchau und Katemin beschlossen habe. Die vorliegende Beschlussvorlage zu diesem Tagesordnungspunkt sei sozusagen ein Vorratsbeschluss, den der Landkreis Lüneburg zur Kenntnis erhalten soll. Die Trassenerarbeitung sei nicht abschließend geschehen, obwohl das Votum in Neu Darchau eine eindeutige Vorgabe gibt. Insofern müsse seiner Meinung nach der Kreis Lüchow-Dannenberg klar mit dem Ziel herangehen, den Beschluss des Kreistags, Neu Darchau und Katemin mit einer Ortsumgehung zu versehen, durchzusetzen. Mit dem Vorgehen soll gegenüber dem Landkreis Lüneburg Druck aufgebaut werden.

EKRin Löser antwortet, dass bei Verträgen maßgeblich sei, was die Vertragsparteien im Zeitpunkt des Vertragsschlusses gewollt haben. Wenn man dies nachträglich nicht mehr eindeutig feststellen könne, würde der Hergang der Verhandlungen mit den unterschiedlichen Vertragsformulierungen zur Willensauslegung herangezogen werden.

KTA Herzog entgegnet, dass es hierfür einen klaren Kreistagsbeschluss gebe.

EKRin Löser erwidert, dass im Zweifel ein Gericht darüber entscheiden müsse.

KTA Dorendorf weist darauf hin, dass die Brücke nicht nur Neu Darchau betreffe, sondern weit nach Mecklenburg-Vorpommern und Niedersachsen strahle. Dementsprechend sei sie nicht nur für die Gemeinde Neu Darchau wichtig. Von der Abstimmung in Neu Darchau könne nicht abgeleitet werden, dass die Brücke nicht gewollt sei. Er erwähnt, dass es klare Beschlüsse gebe, aus denen ein Vertrag resultiert. Er widerspricht **KTA Herzog**, dass es sich um Geheimgespräche gehandelt haben soll. Auf Arbeitsebene sei es ganz normal, dass man im kleineren Kreis über bestimmte Dinge redet. Es folgt eine Diskussion zwischen **KTA Herzog** und **KTA Dorendorf** über die Art der Debatte.

KTA Herzog wiederholt, dass es eine Beschlusslage des Kreistages gäbe, die eine Ortsumgehung für Neu Darchau und Katemin vorsieht. Zwei Wochen später habe der Landrat einen Vertrag unterschrieben, in dem Katemin gefehlt hätte. Der Landrat hätte in dem Fall dem Kreistagsvotum widersprochen und somit dienstwidrig gehandelt.

EKRin Löser geht auf den Vorwurf ein, dass der Landrat dienstwidrig gehandelt haben soll und erläutert, dass der Landrat einen Vertrag unterschrieben habe, der exakt in der Form im Kreistag abgestimmt wurde. Der Kreistagsbeschluss beziehe sich schließlich genau auf den Vereinbarungsentwurf mit Stand vom 10. Dezember 2008. Der Vertrag in der Fassung vom 10. Dezember sei der Sitzungsvorlage als Anlage beigefügt. Bisher entgegenstehende Beschlüsse des Kreistages seien aufgehoben worden. Der Landrat habe den Vertrag entsprechend der Anlage unterschrieben und nicht pflichtwidrig gehandelt.

KTA Herzog kommentiert, dass am 15. Dezember 2008 ein Gesamtbeschluss im Kreistag gefasst worden sei. Der Kreistag habe nicht mehrere Teile beschlossen oder Beschlüsse aufgehoben, sondern lediglich einen Beschluss gefasst, der die Ortsumfahrung inklusiv Katemin vorgesehen hat.

Der Kreistag Lüchow-Dannenberg nimmt das Votum der EinwohnerInnen Neu Darchaus zur Kenntnis und wird das so formulierte Ziel, dass keine Anbindung zur Brücke durch den Ort erfolgen darf, unterstützen.

Der Kreistag sähe durch mögliche Planungen des Landkreises Lüneburg ohne eine Umfahrung von Neu Darchau und Katemin §3 Abs 3 Satz 1 der Brückenvereinbarung vom 9.1.2009 verletzt.

Der dort festgelegte Verpflichtung, eine Ortsumfahrung um Neu Darchau zu planen, auszuschreiben und zu bauen käme der LK Lüneburg bei einer Planung mit seinen bisher vorgelegten Trassenführungen für die Anbindung nicht nach.

Der Kreistag beschließt deshalb, für den Fall, dass der Landkreis Lüneburg keine Umfahrung von Neu Darchau und Katemin planen würde, gemäß Satz 3 in § 3 Abs 3 Brückenvereinbarung die Untersagung der Fortführung der Baumaßnahme.

Die Verwaltung wird beauftragt, für den Fall einer Planung ohne Umfahrung von Neu Darchau und

Katemin diesen Beschluss unverzüglich umzusetzen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich empfohlen Ja-Stimmen: 4 Nein-Stimmen: 3 Enthaltungen: 0

8. Antrag der CDU-Fraktion im Kreistag Lüchow-Dannenberg vom 09.06.2021: Positionen des Kreistages zum Bau einer Elbbrücke in der Gemeinde Neu Darchau	2021/893
---	----------

Der Antrag wurde zurückgezogen.

9. Einwohnerfragestunde

Hans-Dieter Kirst-Thies, Neu Darchau erkundigt sich bei EKRI Löser, wie es zu erklären ist, dass lediglich der erste Entwurf des Brückenvertrages den Passus der Ortsumfahrung Neu Darchau und Katemin enthielt. Bereits der zweite Vertragsentwurf behandle lediglich die Ortsumfahrung Neu Darchau. Auch sei eine frühere Fristsetzung einer Besprechung nicht eingehalten worden. In der Besprechung sei vereinbart worden, die Endfassung bis zum 15.11.2008 vorliegen haben zu wollen. Letztendlich sei die Endfassung am 10.12.2008 fertiggestellt worden. Er hinterfragt die rechtliche Gültigkeit der Brückenvereinbarung.

EKRI Löser entgegnet, dass der Vertrag wirksam sei. Die frühere Fristsetzung setze den Vertrag nicht außer Kraft.

Herr Kirst-Thies merkt an, dass es offensichtlich sei, dass vom Landkreis keine Ortsumfahrung von Katemin beschlossen wurde. Es würde immer von einer Umgehungsstraße gesprochen. Diese wäre jedoch unter den örtlichen Begebenheiten rechtlich nicht möglich.

EKRI Löser erläutert, dass es möglich sei, eine Ortsumfahrung umzusetzen, wenn es faktisch möglich ist, um einen bebauten Bereich eine Straße zu führen.

Herr Kirst-Thies erwidert, dass es in dem Fall um bebautes Gebiet mit einer Bebauungslücke geht, demnach würde es sich hierbei um eine Umfahrung handeln.

FDL Schwarz erläutert, dass es laut Baugesetzbuch (BauGB) z.B. im Zusammenhang bebaute Ortsteile gebe, in denen Gebäude errichtet werden können. Davon abzugrenzen sei der Außenbereich, der von einer Bebauung freizuhalten ist. Ortsteile mit ihren Gemarkungen hätten sowohl bebaute Bereiche als auch unbebaute Außenbereiche. Deshalb könnten Ortsumfahrungen von Ortsteilen geplant und gebaut werden, vorzugsweise auf Außenbereichsflächen um die bebauten Gebiete herum.

Frau Heike Thies, Neu Darchau, möchte wissen, warum die Vorlage keiner Klimaprüfung unterzogen wurde. Sie hinterfragt, was mit dem Brückenbau aus Klimaschutzsicht geschieht.

EKRI Löser antwortet, dass bei dieser Vorlage lediglich die rein rechtliche Ausführung erfolgt und eine Klimarelevanz in diesem Fall nicht gegeben sei.

Bernd Rübsam-Wassong, Bahrendorf, merkt an, ob es nicht zukünftig sinnvoll wäre, das Thema nachhaltige Mobilität in einem eigens dafür eingerichteten Ausschuss zu behandeln. Im aktuellen Fachausschuss sei lediglich Thorsten Hensel als Vertreter des ÖPNV anzusehen. Das Thema Mobilität müsse jedoch weiter gefasst werden. Für die kommende Legislaturperiode schlägt er daher vor, einen Fachausschuss Mobilität einzurichten.

Ausschussvorsitzender Schöning antwortet, dass es aus seiner Sicht zwingend erforderlich sei, dass ein Mobilitätsausschuss eingerichtet wird.

EKRI Löser kommentiert, dass der neue Kreistag sich nach der Wahl neu ausrichten und gegebenenfalls neue Ausschüsse einrichten könne.

Beratendes Mitglied Stark regt an, dass sich ein Vertreter des VCD als beratendes Mitglied berufen lassen könnte.

10. Mitteilungen und Anfragen, Kenntnisnahmen
--

10.1. Bericht über die Ergebnisse der AG ÖPNV	2021/886
--	----------

FDL Schwarz stellt die Ergebnisse der AG ÖPNV gemäß der Sitzungsvorlage vor. Neben einer Optimierung der Rufbusverbindungen soll die Übersichtlichkeit der Linien verbessert werden. Haupt- und Nebenrelationen sollen zukünftig entwickelt und gestärkt werden. Die Öffentlichkeitsarbeit soll seitens der LSE und der Mobilitätsagentur intensiviert werden.

Frau Heise (Verkehrsgesellschaft Nord-Ost-Niedersachsen mbH) erläutert die Prüfergebnisse zu den Ideen des VCD bzgl. Änderungen der Schülerbeförderung anhand der Präsentation in Anlage 3. Sie kommt zu dem Ergebnis, dass die Ideen nicht umsetzbar sind, da sie Kostensteigerungen im ÖPNV zur Folge hätten.

KTA Schulz merkt an, dass in vielen Bereichen eigene Lösungen gefunden wurden, wie zum Beispiel das Zernien Mobil. Die Rufbusnutzung ist durch das Zernien Mobil zurückgegangen. Er fragt nach, ob hier Daten erhoben wurden.

FDL Schwarz teilt mit, dass eine Datenerhebung zum Thema Bürgermobil nicht Bestandteil der Aufgabe der AG ÖPNV war.

Kenntnis genommen

10.2. Bewerbung als Modellprojekt um das Förderprogramm „Modellprojekte zur Stärkung des ÖPNV“ des BMVI	2021/853
--	----------

Frau Harlfinger-Düpow stellt die Bewerbung des Landkreises Lüchow-Dannenberg als Modellprojekt um das Förderprogramm „Modellprojekte zur Stärkung des ÖPNV“ gemäß Vorlage vor und erläutert kurz die beantragte Fördersumme.

Kenntnis genommen

10.3. Unterrichtung über Vergaben mit einer Auftragssumme über 15.000,- EUR	2021/877
--	----------

FDL Schwarz informiert über Vergaben über 15.000 Euro gemäß Vorlage: Beauftragung von zwei Nachträgen zur Untersuchung von Potentialflächen für Windenergienutzung in Landschaftsschutzgebieten und Wäldern.

1. Nachtrag:

Naturschutzfachliche Prüfung von Potentialflächen für die Windenergienutzung, insbesondere in Wald- und Landschaftsschutzgebieten

Auftragssumme: 33.811,47 EUR

2. Nachtrag:

Kartierungen windkraftsensibler Großvögel für Potenzialflächen Windenergienutzung

Auftragssumme: 18.567,57 EUR

KTA Dorendorf erkundigt sich, ob nun alles für die Nutzung der Potentialflächen für Windenergie seinen Weg geht. **FDL Schwarz** entgegnet, dass zunächst die Grundlage geschaffen werden muss, um die Flächen zu ermitteln.

Kenntnis genommen

10.4. Sachstandsbericht Regionales Raumordnungsprogramm Teilbereich Windenergie auf mdl. Anfrage von KTA Dorendorf vom 08.06.2021 - mdl. Bericht

FDL Schwarz berichtet, dass das Gutachten für das Regionale Raumordnungsprogramm (RROP), Teilbereich Windenergie, vergeben wurde. Die Kartierung und die Ermittlung der Grundlagen für Landschaftsschutzgebiete und Waldflächen würden laufen. Parallel soll das Wohnraumentwicklungskonzept (Vergabeentscheidung) dem Kreisausschuss vorgelegt werden. Die Bearbeitung des RROP ist in vollem Gange, die Untersuchungen müssen noch berücksichtigt werden. **FDL Schwarz** geht davon aus, dass im ersten Halbjahr 2022 alle Ergebnisse zusammengeführt werden können.

KTA Herzog merkt an, dass die Kriterien zum Wohnraumentwicklungskonzept hätten beraten werden müssen, damit der Klimaschutz auch Berücksichtigung finden würde. Es wäre sinnvoll die Thematik vorweg in den Gremien zu beraten. Hilfreich wäre auch das Ergebnis des Unternehmens in den Gremien unter die Lupe zu nehmen und dort zu beschließen. Eine eingehende Prüfung wäre wichtig.

FDL Schwarz erläutert, dass es sich um ein Geschäft der laufenden Verwaltung handele, wenn Grundlagen für die Regionalplanung oder Bauleitplanung erarbeitet werden. Eine breite politische Beteiligung ist

vorgesehen und interfraktionelle Gespräche fanden bereits statt. Sowohl mit der Politik, als auch mit den Samtgemeinden soll diesbezüglich ein Dialog stattfinden, dessen Ergebnisse zu einem Gesamtergebnis zusammengeführt werden.

Kenntnis genommen

10.5. Anfrage der Fraktion Bürgerliste im Kreistag Lüchow-Dannenberg vom 15.06.2021: Geplanter dreispuriger Ausbau der B 248 zwischen Grabow und Plate	2021/898
---	----------

FDL Schwarz trägt gemäß der Stellungnahme der Verwaltung in der Tischvorlage den Sachstand vor.

KTA Herzog fragt an, wie dem Antragssteller der Beschluss des Kreistags mitgeteilt wurde.

FDL Schwarz teilt mit, dass dem Antragssteller der Kreistagsbeschluss schriftlich mitgeteilt worden ist.

KTA Schulz fragt anlässlich der kürzlich stattgefundenen Fahrraddemonstration zur K8 an, wie die dort geplante Veränderung, abgewickelt werden würde. Er möchte wissen, ob die Gemeinden einbezogen wurden oder der Landkreis dies ohne Mitbestimmung der Gemeinden durchführen würde.

FDL Schwarz antwortet, dass es sich hierbei um keine wesentliche Änderung der Straße handeln würde.

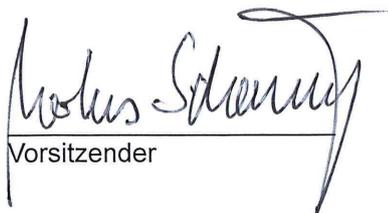
KBDin Stellmann führt aus, dass die Bearbeitung im Rahmen der Planung gelaufen sei, da es keine wesentliche Veränderung des Straßenverlaufs geben wird. Lediglich marginale Verbreiterungen in den Kurvenbereichen sollen umgesetzt werden. Hier müssen 80 Bäume gefällt werden. Zum Schutz der Verkehrsteilnehmer müssen im gesamten Verlauf 8 km Leitplanken installiert werden. Im Rahmen einer Verbreiterung hätten ansonsten deutlich mehr Bäume gefällt werden müssen. *Anmerkung der Verwaltung: Die Zahl der zu fällenden Bäume hat sich zwischenzeitlich aufgrund getroffener Minimierungsmaßnahmen auf ca. 50 verringert. Es wird ein entsprechendes Kompensationskonzept erarbeitet und ein Ausgleich geschaffen werden.*

KTA Socha merkt an, dass durch Leitplanken mehr Verkehrsunfälle verursacht werden. Das Wild, was sich auf die Straße verirren würde, finde nicht mehr heraus. Dieser Punkt solle bei den Planungen beachtet werden.

Kenntnis genommen

Ausschussvorsitzender KTA Schöning schließt um 17.59 Uhr die Sitzung.

Die nichtöffentliche Sitzung ist entfallen, da weder von Seiten der KTA noch von Seiten der Verwaltung ein Bedarf dafür bestand.


Vorsitzender


Protokollführung

Die Anlagen zum Protokoll finden Sie ausschließlich auf der Homepage des Landkreises Lüchow-Dannenberg im Rats- und Bürgerinformationssystem.